

Presse Information

„Wirtschaften mit dem Tod ist tabu!“

BKK Mittelstandsoffensive (BMO) warnt vor einseitiger „Mathematisierung“ bestimmter Krankheiten mit Todesfolgen

Berlin, 17. August 2012 - Im Koalitionsvertrag haben sich Union (CDU/CSU) und FDP auf eine Vereinfachung und Entbürokratisierung des Finanzausgleiches zwischen den Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) verständigt. Nun allerdings schlägt das Bundesversicherungsamt (BVA) vor, diesen Finanzausgleich weiterzuentwickeln. Hierzu soll u.a. eine Art „Sterbegeld“ zwischen den Kassen hin und her verteilt werden. Im vergangenen Jahr wurde diese Idee unter dem Schlagwort „Annualisierung“ präsentiert. Und die dahinterstehende Idee war: Außerordentlich hohe Behandlungskosten, welche typisch in den Wochen vor dem Tod entstehen, sollten mit einem besonderen Risikozuschlag aus den Mitteln des milliardenschweren Gesundheitsfonds an die Krankenkasse des Verstorbenen entschädigt werden. Nach stichhaltiger Kritik wurde die Idee zunächst nicht weiter verfolgt. Nun unternimmt das BVA einen neuen, eigenmächtigen Vorstoß, die Anrechnungsverfahren des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) neu zu ordnen. Statt Annualisierung werden nun Pro-Tag-Werte empfohlen.

„Das Kind bekommt nur einen anderen Namen“

Nach Berechnungen der in der BKK Mittelstandsoffensive (BMO) kooperierenden Betriebskrankenkassen (BKK) bewirkt der aktuelle Vorschlag zur weitergehenden Mathematisierung des Gesundheitsfonds allerdings das gleiche wie eine Annualisierung. Einzelne Kassen, so Heinrich Mager, Sprecher der BMO, „werden dann doppelt zur Kasse gebeten“. Denn: „Bereits mit den Zuweisungen für jeweilige Alterskohorten, trägt der Gesundheitsfonds dem altersabhängigen Leistungsbedarf der Versicherten Rechnung. Kassen mit vielen älteren Versicherten, erhalten für ihre Senior(inn)en deutlich höhere Zuweisungen als für junge und vitale Mitglieder“. Höhere Kosten für teure Behandlungen vor dem Lebensende sind in den Basiszuweisungen also „eingepreist“. Deshalb versteht Mager den Vorschlag zur Neuregelung der Zuweisungsberechtigung als „Trojanisches Pferd für doppelte Rechnungsstellung.“ Doch hiermit sind die BMO-Kassen nicht einverstanden.

BMO plädiert für GKV-weiten Hochrisikopool

Stattdessen schlägt die BMO bereits seit Jahren vor: Um überdurchschnittlich hohe Behandlungskosten vor dem Lebensende sinnvoll zu berücksichtigen muss ein „Hochrisikopool“ etabliert werden. Mit dessen Solidarmitteln können Überforderungen einzelner Kassen ausgeschlossen und Spielräume für aufwendige Behandlungen initiiert werden. Ein Hochrisikopool sei die einzige Variante, den umstrittenen Morbi-RSA nachhaltig zu vereinfachen. So entstehe eine Rückversicherung für aufwendige oder besonders teure Leistungsfälle. Ausgleichszahlungen könnten am Einzelfall und an konkreten Schicksalen orientiert werden. Das sei „gelebte Solidarität“ und vorteilhaft für Patienten und Versicherte aller Kassen. Der Hochrisikopool gewährleiste exakte Entschädigung aller – also altersunabhängiger sowie auch schicksalhafter – Schwer- und Schwersterkrankungen. Solch ein kassenartenübergreifender, manipulationsunempfindlicher Finanzausgleich sei zwar politisch verabredet, in der bisherigen Legislaturperiode dann aber doch nicht in Angriff genommen worden.

Nach Auffassung der BMO sollten politische Weichenstellungen im Finanzausgleich allerdings nicht vom BVA ausgehen. Die aktuellen Vorschläge des BVA bzw. seines wissenschaftlichen Beirates seien weder „politisch akzeptabel“ noch „demokratisch zu legitimieren“. Die Vorschläge der Aufsichtsbehörde laufen vielmehr darauf hinaus, Versicherten- und Arbeitgeberbeiträge im Wert von jährlich 400 Mio. Euro sowohl der demokratischen Steuerung als auch der Selbstverwaltung zu entziehen. Allein die BMO kalkuliert hieraus sich ergebende Verwerfungen mit rund 150 Mio. Euro pro Jahr zu Ungunsten der Kassenart.

Andererseits, so Mager, werden die überdurchschnittlich hohen Krankengeldzahlungen der BKK nicht als Ausgleichsparameter anerkannt. „Dieses Fass möchte niemand anstecken“, so Mager. Umso unverständlicher ist es für die BMO, dass mit dem „Geschäftsmodell Verstorbene“ im beginnenden Wahlkampf nun ein Thema platziert werde, bei dem mit fragwürdigen Vorschlägen die Stammtischdiskussionen über gesundheitspolitische Versäumnisse der Regierungskoalition angeheizt würden.

Bereits in den vergangenen Tagen zeigten sich andere Kassenarten und der BKK Bundesverband über das demokratische Verständnis des BVA empört und verlangten, dass folgenschwere finanzielle Umverteilung mit einem Umfang von nahezu 400 Mio. nicht „außerhalb des demokratischen Willensbildungsprozesses umgesetzt werden“.

Die BMO fasst vor diesem Hintergrund ihre zentralen Anliegen zusammen. Dringlich bleibe demnach:

- die manipulationsanfällige, globale Ausgleichsmathematik des Morbi-RSA auf ein notwendiges Maß zu reduzieren,

- einen (Hoch)Risikopool für außerordentlich teure Leistungsfälle zu schaffen,
- den tatsächlichen Verwaltungsaufwand der Krankenkassen sachgerecht und nachvollziehbar im Gesundheitsfonds zu berücksichtigen,
- die kassenindividuellen Aufwendungen für das Krankengeld in ein angemessenes Verhältnis zur Höhe der faktischen Lohnausgleichszahlungen einzelner Krankenkassen zu setzen.

Kontaktadresse(n):

[BKK Mittelstandsoffensive \(Büro Berlin\), Spittelmarkt 12, 10117 Berlin, E-Mail: \[info@bkk-mittelstandsoffensive.de\]\(mailto:info@bkk-mittelstandsoffensive.de\), Tel. 030- 212 336 – 350, Fax 030 - 212 336 – 359](#)

Sprecher der BMO:

Heinrich Mager, Vorstand BKK Braun-Gillette, Kronberg, Tel. 06173-3019 90, Fax 06173-3050 15, E-Mail: heinrich.mager@bkk-braun-gillette.de

Björn Hansen, Vorstand BKK Wirtschaft & Finanzen, Melsungen, Tel. 05661 7374114, Fax 05661 7374124, E-Mail: bjoern.hansen@bkk-wf.de.

Internet: <http://www.bkk-mittelstandsoffensive.de>

Die BKK Mittelstandsoffensive (BMO)

ist ein Zusammenschluss von 52 engagierten mittelständischen

Betriebskrankenkassen, die gemeinsam die Interessen ihrer mehr als 1,8 Millionen Versicherten gegenüber der Politik vertreten und die Kooperation der Mitgliedskassen untereinander fördern.